lich vertritt – aber nur, nachdem er sich so betrunken hatte, dass er sich am Richtertisch festhalten musste.


Dr. hc. Peter Schulz, Hamburg

1. Einleitung


Die junge Partei begriff sich zwar als Teil der DDR-Oppositionsbewegung, zielte aber von Gründung an in neue politische Dimensionen. Sie stellte zugleich die radikale Absage an die Diktatur der SED dar, denn sie war von Anfang an willens, institutionalisierte politische Verantwortung in einem grundlegend reformierten Staatswesen zu übernehmen.

Wenngleich die Wahl des Namens auf der einen Seite die Eigenständigkeit gegenüber der bundesdeutschen SPD betonte, knüpfte die DDR-Activisten bewusst an die großen Traditionen der sozialdemokratischen Bewegung an. Die SED, 1946 hervorgegangen aus der Zwangsvereinigung von KPD und SPD, blieb im Selbstverständnis immer eine kommunistische Partei. Hauptfeind war seit der Stalinsierung der KPD in der Weimarer Republik bis zum Ende der DDR die Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratischen Traditionen in der SED wurden frühzeitig unterdrückt, bekämpft oder im kommunistischen Herrschaftssinne uminterpretiert und konnten nur im Verborgenen weitergereicht werden. Sozialdemokratische Milieus überstanden die Zeit der DDR nicht.

Erst mit dem Zusammenbruch der DDR konnte eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung der SPD-Geschichte in der SBZ/DDR beginnen. Schnell zeigte sich eine unüberschrebbare Zahl weißer Flecken. In der Öffentlichkeit setzte eine Diskussion u. a. über Schicksale ehemaliger sozialdemokratischer Kommunalpolitiker ein, die während der SED-Diktatur zu Unpersonen deklariert worden waren und deren Namen bestenfalls hinter vorgehaltener Hand ausgesprochen werden durften.


**Opportunismus**
Grundsätzlich negativ belegter terminus technicus des Stalinismus/ Marxismus-Leninismus zur Difamierung innerparteilicher Opponenten und politischer Gegner in der Arbeiterbewegung. Wurde von Lenin besonders auf die Sozialdemokratie gemündet. Nach dessen Verständnis war der O. eine „bürgerliche ideologische Strömung in der Arbeiterbewegung und politische Grundhaltung, die der sozialistischen Bourgeoisie bei den Versuchen dient, die Arbeiterklasse in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem zu integrieren. ... Der O. leugnet die Notwendigkeit des Klassenkampfes, der revolutionären Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Kampfpartei sowie die Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats. ... Die politische Hauptfunktion des O. ist die Spaltung der Arbeiterbewegung und die politische und ideologische Bindung von Teilen der Arbeiterklasse an das kapitalistische System im Interesse der Aufrechterhaltung dieses Systems.“

(Kleines politisches Wörterbuch, Berlin 1978 [3., überarbeitete Auflage].
Stichwort: Opportunismus)

Dagegen fand in der DDR durch die Geschichtswissenschaft ihr Wirken keine Beachtung. Gefühlsinnig überging die offizielle Historiographie in Darstellungen zur Stadtgeschichte ihre Namen und Verdienste. Griem und Müller wurden nicht einmal im negativen Sinne erwähnt – als Gegner, Abweichler, Opportunisten „entlarvt“. Man schwieg sie einfach tot, machte aus ihnen „Unpersonen“.

Das öffentliche Gedächtnis vergaß Hans Griem und Martin Müller.


Dies allein sollte Anlass genug sein, dass sich die Geschichtswissenschaft mit ihnen näher beschäftigt. Wichtige Ziele dabei sind, ihre tragischen Lebensläufe aufzuarbeiten und bestehende Forschungslücken in der regionalen Geschichte der Sozialdemokratie weiter zu füllen.


Ihre spektakulären Verfahren trugen die Charakterzüge eines politischen Prozesses mit vielen Attributen des stalinistischen Schaurprozesses. Diese Einschätzung stützen nicht nur mit den Angeklagten befreundete Zeitzeugen, auch die treibenden Kräfte in der SED sahen das ähnlich. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass
- die beiden Angeklagten von den im Hintergrund wirkenden Kräften als Opfer im Vorfeld ausserkoren worden und
deshalb die Anklagen konstruiert waren und in polemischer Form vorgebracht wurden.
- eine kritische Würdigung des vorgelegten Belastungsmaterials nicht erfolgte.
- es Versuche einer Prozesschoreographie gab.
die Verhandlungen vor einem großen Publikum in einer repräsentativen Umgebung und unter Mitwirkung einer gelenkten Presse stattfanden.


Hans Griem und Martin Müller teilten ihr Schicksal mit vielen Sozialdemokraten aus Mecklenburg und Vorpommern, u. a.

- Heinrich Beebe (Rostock) – 1949 von einem sowjetischen Militärrubunal zu 25 Jahren Freiheitsentzug verurteilt und bis 1956 inhaftiert,
- Max Fank (Stralsund) – am 6. Oktober 1949 vom NKWD zu 25 Jahren Arbeitslager wegen angeblicher Spionageätigkeit verurteilt und 1954 entlassen,
- Willy Jesse (Rostock) – als erster höherer SED-Funktionär 1946 verhaftet, nach vier Jahren Untersuchungshaft zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt und von 1950 bis 1954 im Gulag,
- Aurel von Jüchen (Schwerin) – 1949 Ausschluss aus der SED wegen Kirchenloyalität und Verhaftung; per Fernurteil verurteilt zu 15 Jahren Arbeitslager in Sibirien,
- Karl Mortitz (Wismar) – 1948 von einem sowjetischen Gericht in der UdSSR zu 13 Jahren Lagerhaft verurteilt, davon fünf Jahre in Workuta verbracht,

Alle waren ausgewiesene Gegner der Zwangsvereinigung und bekämpften die sich anschließende Stalinisierung der SED. Aus diesem Grund wurden sie Opfer der Besatzungsmacht und des sich etablierenden stalinistischen Regimes in Ostdeutschland.

2. Vom schweren Neubeginn. Rostock in der Nachkriegszeit

Zur Situation (1945-1949/50) Bis Anfang Mai 1945 nahmen die Alliierten Mecklenburg und Vorpommern endgültig ein, die beide nach den Abmachungen der Verbündeten vollständig zur Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gehören sollten. Alle hoheitlichen Rechte in ihrer Zone übernahmen für die nächsten Jahre die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD). Sie regierte auf Grundlage ihrer Befehle, die Gesetzescharakter besaßen und in der gesamten SBZ galten.

Das schwer zerstörte Rostock. Im Bild Steintor, Ständehaus (links) und die Steinstraße. (Stadtarchiv Rostock)


Fehlmeldungen über die juristische Dokumentation beider Fälle erstatteten ebenfalls die Rostocker Staatsanwaltschaft und das Landgericht Rostock. Dort ist man der Meinung, dass „wohl von einer (möglicherweise absichtlichen) Vernichtung der Akten ausgegangen werden“ muss.
Aus diesem Grunde war es weder möglich, die Anklageschrift zu erhalten, noch das Urteil im Fall Hans Griem zu zitieren. Sowohl die Anklage als auch das Strafmaß mussten aus anderen Quellen und Erinnerungsberichten rekonstruiert werden.

Wenngleich die Nachforschungen im Landeshauptarchiv Schwerin wenig Erfolg hatten, existieren möglicherweise noch aussagekräftige Unterlagen, vor allem zu Hans Griem, in den bisher nicht erschlossenen Akten des Oberlandesgerichts.
Durch die Forschungs- und Dokumentationsstelle für die Opfer der Diktaturen in Deutschland an der Universität Rostock wurde allerdings ein Teil des privaten Nachlasses von Martin Müller gesichert, der in vielfältiger Weise Müllers Perspektive des Falles widerspiegelt und im Verlauf dieser Arbeit erschlossen werden konnte.
